

»Das Polizeipräsidium gehört nach VS«

Interview | CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei fordert Asylzentren in Nordafrika / Für ein Verbot der Vollverschleierung

Schwarzwald-Baar-Kreis. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Thorsten Frei äußert sich zu den Fragen, die momentan bewegen: Asylbewerber und Sicherheitspolitik. Er plädiert außerdem für eine Verlagerung des Polizeipräsidiums nach VS.

Sind drastischere Maßnahmen bei der Überwachung von »Gefährdern« unter den Asylbewerbern angebracht? Haben die Ereignisse der vergangenen Monate, der Mord in Freiburg und der Akt islamistischen Terrors in Berlin die Sichtweise verändert?

Ja, die Sicherheitslage bei uns ist seit den Anschlägen stärker in den Focus gerückt. Wir haben aber bereits in den vergangenen Monaten konkret gehandelt: Bis 2020 stellen wir 1,9 Milliarden Euro zusätzliche Haushaltsmittel für die Stärkung der inneren Sicherheit zur Verfügung. Es



»Wir haben eine hohe abstrakte Gefährdungslage in Deutschland«, sagt der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei

Foto: Büro

neut mit dem Direktmandat betrauen. In den vergangenen dreieinhalb Jahren habe ich hart dafür gearbeitet, um das große Vorschussvertrauen, das ich im Jahr 2013 erhalten habe, zu rechtfertigen. Ich hoffe sehr, dass mir das gelungen ist und die Wähler das auch so sehen.

Welche Erfolge für die Region meinen Sie konkret?

Etwa die Tatsache, dass es gelungen ist, bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans alle Straßen- und Schienenprojekte in der Region im sogenannten »vordringlichen Bedarf« unterzubringen. An allen Bundesstraßen, die baureif sind, wird auch gebaut. Durch die Änderung des Bundeswahlgesetzes kann die bewährte Forststruktur in Baden-Württemberg erhalten bleiben, das Zollamt Barga konnte gesichert werden und die Erbschaftssteuerreform konnte jedenfalls in den engen Grenzen, die das Bundesverfassungsgericht gezogen hat, so ausgestaltet werden, dass es für die mittelständische Unternehmensstruktur bei uns passt. Darüber hinaus arbeiten wir zur Zeit daran, dass die Gesundheitsversorgung auch zukünftig flächendeckend im ländlichen Raum erhalten bleibt.

Im Schwarzwald-Baar-Kreis wird die Forderung immer lauter, dass das Polizeipräsidium nach VS statt nach Tuttlingen soll. Ist das auch Ihre Meinung?

Ja, das wäre richtig. Villingen-Schwenningen ist die mit Abstand größte Stadt in der Region und damit auch ein Kriminalitätsschwerpunkt. Darüber hinaus läge VS deutlich zentraler. Das Problem ist nur: Die Fehler wurden 2011/12 bei Einrichtung der Präsidien gemacht. Heute ist es viel schwieriger, diese Fehlentwicklung und die damit geschaffenen Fakten wieder zu korrigieren. Dass wir da über Parteigrenzen einer Meinung sind, ist aber sicherlich hilfreich.

Wie geht es beim Fluglärm, verursacht durch den Flughafen Zürich, weiter?

Es ist tatsächlich so, dass wir da derzeit auf der Stelle treten. Gemeinsam mit meinen Kollegen aus den ebenfalls betroffenen Nachbarwahlkreisen setze ich mich dafür ein, dass das Ostanflugkonzept nicht wie von der Schweiz gefordert verändert wird. Derzeit sind das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung und das Bundesumweltamt, also die Verwaltungsebene, mit der Sache befasst.

■ Die Fragen stellte Felicitas Schück

Im Gespräch mit Thorsten Frei

gibt 7500 zusätzliche Bundespolizisten, 1300 Stellen zusätzlich für das BKA und 50 für den Verfassungsschutz. Was wir jetzt noch brauchen, sind bessere rechtliche Rahmenbedingungen: Bessere Möglichkeiten für Videoüberwachung im öffentlichen Raum, bessere Nutzung der Möglichkeiten von DNA-Spuren und Biometrik, bessere Nutzung der Abschiebehaft und selbstverständlich auch die elektronische Fußfessel für Gefährder. Wenn man bedenkt, dass jeder Gefährder bei einer Rund-um-die-Uhr-Bewachung bis zu 30 Polizeibeamte bindet, dann wäre das ein großer Fortschritt für mehr Sicherheit.

In Frankreich wurde ein Geistlicher in der Kirche von einem islamistischen Terroristen ermordet, der eine elektronische Fußfessel trug. Reicht das wirklich?

In einer freiheitlichen Gesellschaft werden wir keine absolute Sicherheit erreichen. Wir wissen, dass wir seit vielen Monaten eine hohe abstrakte Gefährdungslage in Deutschland haben. Es ist schlimm, dass sich diese nun in so schrecklicher Weise konkretisiert hat. Deshalb ist es wichtig, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit immer wieder neu auszutarieren. Ich bin davon überzeugt, dass es Freiheit ohne Sicherheit nicht geben kann. Deshalb müssen wir unser Land und unsere

Gesellschaft grundsätzlich wehrhafter machen.

Was müsste sicherheitspolitisch anders gemacht werden, damit Kriminelle wie Anis Amri nicht einreisen können?

In diesem Fall ist viel schief gelaufen. Was wir bräuchten, ist ein einheitliches Ein- und Ausreiseregister, am besten an den europäischen Schengen-Außengrenzen. Unsere Sicherheitsbehörden müssen genau wissen, wer hier ist. Ein zweiter Punkt ist, dass sowohl die Behörden in Deutschland, als auch im europäischen Maßstab besser zusammenarbeiten. Das Problem bei Amri war doch, dass der Fall für die Italiener erledigt war, als er aus Italien ausgereist ist. Für die Behörden in Nordrhein-Westfalen war die Sache wiederum erledigt, als er nach Berlin weiter gezogen ist. Das ist ein Unding! Was wir also brauchen, ist ein funktionierender Informationsaustausch zwischen den Behörden des Bundes und der Länder, aber auch zwischen den Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene. Auch die Vernetzung von Sicherheits-, Sozial- und Ausländerbehörden muss deutlich besser werden. Ich sage es klar: Falsch verstandener Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

Aber das dauert doch ziemlich lange, bis die Vorschläge Gesetz werden?

Wir haben gezeigt, dass wir schnell handeln können, wenn es darauf ankommt. Zum Beispiel bei den Asylpaketen und dem Integrationsgesetz.

Wird dann nicht mit zweierlei Maß gemessen, so dass der Datenschutz für Asylbewerber anders ist als für andere Bürger?

Es geht darum, einerseits Schutzbedürftigen, die zu uns kommen, Sicherheit zu geben. Zum anderen geht es aber auch um die Sicherheit unserer Landes und seiner Bürger. Dafür müssen wir genau wissen, wer zu uns kommt. Ich hielte es auch für richtig, von jedem Flüchtling eine DNA-Probe zu nehmen.

Europa ist, so sehen es die Nachbarn, in einem desolaten Zustand. Sind Maßnahmen wie eine gemeinsame Flüchtlings- oder Verteidigungspolitik noch durchsetzbar?

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex funktioniert erstaunlich gut. Da gibt es ein hohes Maß an Einvernehmen unter den europäischen Staaten. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir noch sehr viel früher ansetzen müssen. Obwohl die Zahl der Flüchtlinge über das Mittelmeer 2016 deutlich niedriger war als im Vorjahr, sind mit fast 5000 Menschen soviel Menschen wie noch nie ertrunken. Es ist klar, dass wir alle Anstrengungen der Seenotrettung unter-

nehmen müssen. Aber es ist falsch, die Geretteten nach Europa zu bringen und damit letztlich das Geschäft der kriminellen Schlepper zu erledigen. Viel sinnvoller wäre es, die Geretteten nach Nordafrika zurück zu bringen und dort durch Kooperationen mit den Ländern und gegebenenfalls dem UNHCR Asylzentren zu betreiben, von wo aus dann Asylanträge gestellt werden könnten.

Müssen Frauen in Deutschland auf ihre Kleidungsgeohnheiten verzichten, um Asylbewerbern keinen Anlass zu Übergriffen geben?

Nein, das wäre ja völlig verkehrt. Nicht diejenigen haben sich anzupassen, die hier leben, sondern diejenigen, die zu uns kommen. Deshalb hielte ich es auch für grundfalsch, wenn man aus falsch verstandener Toleranz Martinsumzüge als »Lichterfeste« oder Weihnachtsmärkte als »Wintermärkte« bezeichnete. Im Übrigen: Wir leben in einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft und das soll auch so bleiben. Deshalb bin ich beispielsweise auch dafür, die Vollverschleierung überall dort zu verbieten, wo es möglich ist, etwa im Straßenverkehr, in Schulen, Behörden oder Gerichten. In jedem Fall ist die Vollverschleierung aber ein Integrationshemmnis und deshalb abzulehnen.

Wirtschaftlich geht es Deutschland so gut wie

noch nie. Aber was passiert, wenn sich die äußeren Einflüsse verändern?

Ja, das stimmt. 44 Millionen Beschäftigte, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren. Die Löhne sind im vergangenen Jahr um 2,4 Prozent gestiegen. Bereinigt um die Inflation von 0,5 Prozent ergibt das eine Kaufkraftsteigerung von 1,9 Prozent innerhalb eines Jahres. Seit 2012 ist die Kaufkraft in Deutschland sogar um etwa neun Prozent gestiegen. Da das auch zur höchsten Rentenerhöhung seit 23 Jahren geführt hat, ist diese Entwicklung auch wirklich in den Geldbeuteln von uns allen angekommen. Seit vergangenen Jahr ist Deutschland wieder Exportweltmeister und die drittgrößte Handelsnation der Welt. Umgekehrt ist unsere Volkswirtschaft, und das gilt vor allem für die Branchen in unserer straken Region, aber auch sehr verwundbar. Jeder vierte Arbeitsplatz hängt vom Export ab, in der Industrie sogar jeder Zweite. Deshalb ist Freihandel und relative Stabilität in der Welt so wichtig für uns.

Was erwarten Sie persönlich für ein Wahlergebnis bei der Bundestagswahl?

Antwort: Dass wir als CDU und CSU so stark werden, dass gegen uns nicht regiert werden kann. Für mich persönlich wünsche ich mir, dass mich die Menschen in meinem Wahlkreis Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal er-